

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz  
Bezirksanzeiger  
Postfach-Dresden 2138, Giro-Konto 146

Wochenblatt  
Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er erscheint an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeitzeile (Masse'sche Zeilenmaße 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75  
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz  
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhndorf, Brenzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2  
Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Jah. J. W. Mohr)  
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 287

Freitag, den 10. Dezember 1926

78. Jahrgang

**Pulsnitzer Bank**  
e. G. m. b. H.  
Pulsnitz und Ohorn

Wir verzinsen  
**Bareinlagen**  
zu günstigen Sätzen  
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten  
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

**Commerz- und Privat-Bank**  
Aktiengesellschaft  
Zweigstelle Pulsnitz

## Das Wichtigste

Wie die Berliner Vossische Zeitung meldet, wird Dr. Stresemann nach seiner Rückkehr nur kurze Zeit in Berlin bleiben und dann über Weihnachten eine mehrtägige Erholungsreise nach dem Süden unternehmen.  
Da das Vorgehen der Sozialdemokraten vielfach als Auftakt einer Regierungskrise angesehen worden ist, legt man in parlamentarischen Kreisen Wert auf die Feststellung, daß nach Ansicht der Regierungsparteien irgend ein akuter Anlaß zu einer Regierungskrise nicht vorliegt.  
Dr. Stresemann hatte eine Unterredung mit Briand, die ergebnislos blieb.  
In Paris ist die Votschasterkonferenz zur entscheidenden Sitzung über die deutsche Entlassungsfrage zusammengetreten.  
Die Weltwirtschaftskonferenz ist auf den 4. Mai 1927 nach Genf einberufen worden.  
Bei Salzburg ereignete sich ein schwerer Unfall, bei dem mehrere Arbeiter getötet wurden.  
Der Rechtsausschuß des Reichstages beriet über die Frage der Erleichterung der Ehegesetze.  
Der Kongreß der polnisch-sozialistischen Arbeitergewerkschaften hat beschlossen, den Generalkongreß vorzubereiten, falls das Schiedsgericht in den strittigen Lohnfragen ein Urteil fällen sollte, das die Forderungen der Arbeiterorganisationen nicht in vollem Umfange berücksichtigt.  
Wie aus Belmonton (Indiana) berichtet wird, sind durch eine Explosion im Franzisko Bergwerk 65 Bergarbeiter eingeschlossen worden.

## Unterdrücktes Deutschtum.

Obwohl zwei deutsche Minister im tschechischen Kabinett sitzen, die die Rechte der starken deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei verteidigen, setzt die tschechische Regierung doch unvermindert ihren Kampf gegen das Deutschtum fort. Durch Vernichtung des deutschen Schulwesens glaubt man das Deutschtum an der Wurzel zu treffen.  
Eines der Mittel, mit welchem die Tschechen planmäßig gegen das deutsche Volkstum vorgehen, ist von jeher die Abschneidung und der Abbau des deutschen Schulwesens gewesen. Das Ergebnis dieser Maßnahmen kommt fast einer Zerstörung des deutschen Schulwesens in der Tschechoslowakei gleich. Formell erreichte man dieses Ergebnis durch Zusammenlegung von Klassen. Aus diesen provisorischen Zusammenlegungen wurden dann schließlich endgültige, und vielfach endete die Klassenauflösungen sogar mit Auflösung ganzer deutscher Schulen. Schon das Jahr 1924/25 brachte auf deutscher Seite einen erheblichen Verlust an Schulen. Im Jahre 1925/26 wurden in Böhmen, Mähren und Schlesien 49 deutsche Schulen mit 911 Klassen und 18 703 Schülern aufgelöst. Man begründete die Notwendigkeit der Auflösung deutscher Klassen und Schulen mit dem Kinderrückgang. Dieser ist aber sowohl auf tschechischer wie auf deutscher Seite vorhanden. Trotzdem erreichte der Klassenabbau auf tschechischer Seite nur 5 Prozent, auf deutscher Seite dagegen 9 Prozent. In Wirklichkeit ist natürlich der Kinderrückgang bei beiden Nationalitäten ziemlich gleich, er beträgt rund 5 Prozent. Das tschechische Schulwesen wurde also offensichtlich bevorzugt. In der Errichtung von tschechischen Minderheitsschulen war man trotz der Abbaupolitik sehr großzügig. Tausende von deutschen Kindern wurden gezwungen, tschechische Schulen zu besuchen. Rund 8000 deutsche Kinder wurden im Jahre 1925 an tschechischen Volks- und Bürgerschulen eingeschrieben, eine Kinderzahl, die 130 deutsche Schulklassen bedeutet. Da der Gesamtbesuch der tschechischen Minderheitsschulen ungefähr 40 000 Kinder umfaßt, so sind also fast ein Fünftel davon deutsche Kinder. Dem deutschen Bevölkerungsteil wurde die Errichtung von Minderheitsschulen, ganz besonders im südländlichen Randgebiet, unterjagt oder unmöglich gemacht. Die Gründung von Privatschulen wurde überhaupt nicht mehr erlaubt. Einige deutsche Fachschulen in Pilsen und in anderen Orten wurden ohne triftige Gründe verlegt.  
Im Jahre 1926 wurden für den Zweck der tschechischen Minderheitsschulen im ganzen 189 Schulgebäude mit einem Aufwand von 189 Millionen Kronen errichtet, andere Schul-

## Neue Schwierigkeiten in Genf

Unterhaltung Stresemann-Briand ohne Ergebnis  
Das Ende der Großen Koalition — Zum Briefwechsel Geßler-Löwe — Die Werbestellen der Reichswehr — Das Finanzausgleichsprovisorium vor dem Reichsrat — Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei einmütig für Scholz

Genf. Die juristischen Sachverständigen Dr. Gaus, Sir Cecil Hurst und Fromageot sind noch einmal zusammengetreten. Wie verlautet, handelt es sich gegenwärtig nur noch um eine gewisse redaktionelle Bearbeitung des Protokolls der Juristen über die Investitionsfrage, über das bereits im allgemeinen zwischen den drei Sachverständigen eine Einigung erzielt worden ist. Die politische Entscheidung über die Verständigung der Juristen liegt nunmehr bei den Außenministern. Die Entscheidung dürfte, falls die Votschasterkonferenz zu einer definitiven Entscheidung über die Aufhebung der Militärkontrolle gelangt, demnächst in der Konferenz der fünf Mächte fallen.  
Gerüchteleise verlautet bei den verschiedenen Delegationen, daß von der Votschasterkonferenz neue erhebliche Schwierigkeiten gemacht werden. Es sollen, wie verlautet, neue angebliche deutsche „Verfehlungen“ festgestellt worden sein. Sollte die Votschasterkonferenz tatsächlich im gegenwärtigen Augenblick die Aufhebung der Interalliierten Militärkontrollkommission verzögern, so dürfte für die Genfer Verhandlungen eine außerordentlich schwierige Situation entstehen.  
Dr. Stresemann hatte mit Briand im Hotel Metropole eine Unterredung, die drei Viertelstunden dauerte. In den Kreisen der deutschen Delegation erklärt man, daß die Lage in Paris nicht als befriedigend anzusehen wäre, denn in der Kriegsmaterialfrage, aber auch in anderen technischen Einzelheiten sei keine Einigung erzielt. Die Außenminister hätten noch die Hoffnung, zu einem Schluß zu kommen; aber es wird schon der Gedanke erwogen, die rein technischen Fragen einem Schiedsgericht zu überweisen und sie aus dem Gebiete von Paris sowohl als auch Genf zu nehmen.  
Auch über die Formulierung des Investitionsprotokolls haben die beiden Minister gesprochen. Es besteht der Eindruck, daß die Gegenseite Konzessionen vermissen läßt. Die beiden Außenminister bleiben bemüht, die Fragen zu bereinigen.

trag eines Mitgliedes des Komitees muß dieses auf einen gewissen Teil der französischen und belgischen Grenzgebiete seine Untersuchungen ausdehnen.  
6. Die Räumung des Rheinlandes muß im Laufe des Jahres 1927 beendet sein.

**Weltwirtschaftskonferenz am 4. Mai 1927 in Genf.**  
Genf. Der Völkerbundrat hat auf Grund eines Berichts des Generalsekretärs des Völkerbundes über die bisherigen Erfahrungen bei den internationalen Konferenzen auf Vorschlag Chamberlains beschlossen, die Weltwirtschaftskonferenz zum 4. Mai 1927 nach Genf einzuberufen. Zum Präsidenten der Konferenz wurde der frühere belgische Finanzminister Theunis ernannt.

### Um die Zurückziehung der französischen Regimenter aus dem Saargebiet.

Frankreich verlangt dafür Eisenbahnschub.  
Genf. Die Saarfrage, die in den letzten Tagen von den juristischen Sachverständigen eingehend erörtert wurde, wird nun in einer der nächsten Ratsitzungen zur Behandlung gelangen. Es handelt sich um die Zurückziehung der noch im Saargebiet befindlichen zwei französischen Regimenter.

In der letzten Zeit hat sich eine neue Schwierigkeit ergeben, da von französischer Seite geltend gemacht wurde, daß zum Abzug der Truppen, gewissermaßen als Vorbedingung dafür, ein besonderer Eisenbahnschub geschaffen werden müsse. Gegenwärtig wird nun zur Lösung dieser Frage die Schaffung eines Bahnschubes erwogen, der keinerlei militärischen Charakter tragen und aus Zivilpersonen bestehen soll, die von der Saarregierung ausgewählt werden und ausschließlich dieser unterstehen sollen.

### Zum Briefwechsel Geßler-Löwe Die Werbestellen der Reichswehr

Berlin, 10. Dezember. Zu dem offenen Brief des Reichstagspräsidenten Löwe an den Reichswehrminister Geßler erfährt der demokratische Zeitungsdienst von unterrichteter Seite, daß der von Löwe als Beweis für das Bestehen rechts eingestellter Reichswehrwerbestellen erwähnte Hauptmann a. D. Moser von keiner Reichswehrstelle einen Auftrag zur Werbung hat. Auch der in dem Brief genannte Dr. Dinter hat mit der Reichswehr nichts zu tun. Seit mehr als Jahresfrist werden überhaupt keine Werbungen mehr vorgenommen, da infolge der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt die Freiwilligenmeldungen den Bedarf um ein Vielfaches übersteigen. Von Falschmeldungen, denen der Reichswehrminister zum Opfer gefallen sein soll, kann keine Rede sein. Die Auseinandersetzungen, die in der letzten Ausschusssitzung stattgefunden haben, haben ergeben, daß vom Reichswehrministerium keinerlei unrichtige Zahlen angegeben worden sind. Bei der heutigen Lage des Arbeitsmarktes ist das Problem gar nicht mehr die Einrichtung von Werbestellen, sondern eine gerechte Auslese unter den sich freiwillig Meldenden, eine Frage, die von der größten Bedeutung ist, die aber nicht nur ein politisches, sondern auch ein technisches, moralisches und militärisches Problem ist. Wie schwierig sie ist, ergibt sich u. a. daraus, daß bei der Marine, wo keine landsmannschaftlichen Beschränkungen gegeben sind, im Jahre 1925 sich gegen 60 000 Mann angemeldet haben, von denen nur gegen 2000 Mann, d. h. knapp 3 %, nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages eingestellt werden konnten. Bei dem Heere werden sich wohl heute im Ganzen ähnliche Zahlen ergeben.

### Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei einmütig für Scholz

Berlin, 9. Dezember. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm heute abend u. a. den Bericht des Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz über seine Justizbürger Rede entgegen. In der sich anschließenden Erörterung kam zum Ausdruck, daß die Fraktion einmütig die Haltung ihres Fraktionsvorsitzenden billigt.

### Die Entscheidung fällt in Paris.

Angedachter Kompromißvorschlag der Reichsregierung.

Paris. In Paris trat am Donnerstag nachmittag die Votschasterkonferenz zu der entscheidenden Sitzung zusammen, in der die deutsche Entlassungsfrage zur Entscheidung gebracht werden sollte. In eingeweihten französischen Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, daß die Sitzung noch einmal vertagt wird. Angeblich soll bereits für den 31. Januar das Ende der interalliierten Militärkontrolle festgesetzt werden, aber es ist wahrscheinlich, daß dieses Datum an neue Bedingungen geknüpft sein wird, wie es schon früher geschehen ist.

Das Pariser „Journal“ glaubt zu wissen, daß die Reichsregierung folgenden Kompromißvorschlag unterbreitet hat:

1. Deutschland gibt seine Zustimmung zu der Einrichtung einer ständigen Kontrolle im Rheinlande.
2. Diese Kontrolle dauert nicht über das Jahr 1935 hinaus, an dem nach dem Versailler Vertrage das Rheinland befreit sein muß.
3. Deutschland wird durch mindestens ein Mitglied in der Untersuchungskommission vertreten sein.
4. Der Sitz des Komitees soll nicht in Deutschland sein.
5. Seine Befugnisse erstrecken sich nicht nur auf die Rheinlande und die entmilitarisierte Zone, sondern auf An-

